



Lübeck erinnert für die Zukunft:

Entwicklungskonzeption für eine zeitgemäße
Weiterentwicklung der Erinnerungskultur

Projektskizze

In der Hansestadt Lübeck wird vielfältig an Herrschaft und Verbrechen des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg erinnert. Einen Höhepunkt stellt die alljährliche Veranstaltungsreihe „Zeit des Erinnerns – für die Zukunft“ dar, die von der Stadt Lübeck im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt wird. Getragen wird sie von verschiedenen gesellschaftlichen Initiativen, nicht-städtischen Institutionen und engagierten Einzelnen. Am Beispiel dieser Veranstaltungsreihe wird deutlich, dass Lübeck über ein reiches Potenzial an Erinnerungs- und Bildungsorten verfügt, häufig in kirchlicher Hand. Mit der Synagoge kommt ein weiterer Erinnerungsort in Trägerschaft einer Religionsgemeinschaft hinzu. Seitens der Stadt existiert kein vergleichbares Engagement. Es mangelt zudem an einem nachhaltigen Konzept, der professionellen Koordination und einer gemeinsamen Ausrichtung, die der Bedeutung und den Besonderheiten der Stadt in der bundesrepublikanischen Erinnerungslandschaft gerecht wird. Zu diesen Besonderheiten Lübeck's zählt, dass

- es bedeutenden Widerstand gegen den NS gab (Arbeiterwiderstand, Kirche u.a.)
- vier Geistliche wegen ihres Widerstands hingerichtet wurden
- die Synagoge in der NS-Zeit nicht zerstört wurde (und Ziel des ersten Brandanschlags auf ein jüdisches Gotteshaus nach 1938 war)
- eine regionale Zentrale des NS-Terrors in der Stadt angesiedelt war
- mehrere NS-Haupttäter aus der Stadt stammten
- die Stadt ein bedeutender NS-Rüstungsstandort war
- die Stadt das erste Ziel des britischen Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg war
- die Stadt nach dem Krieg ein zentrales Auffangbecken für Flüchtlinge und Vertriebene sowie „Displaced Persons“ war
- sie einzige Großstadt an der innerdeutschen Grenze und ein „Hotspot“ im Kalten Krieg war.

Historisches Lernen über den Nationalsozialismus ist wesentlicher Bestandteil von Menschenrechts- und Demokratiebildung. Aktuelle politische Herausforderungen – ob Rechtspopulismus, Antisemitismus oder Rassismus – verdeutlichen die Dringlichkeit eines stärkeren und koordinierten Engagements. Viele mit Lübeck vergleichbare Städte reagieren darauf mit der Einrichtung von Dokumentations- und Erinnerungszentren. Exemplarisch sei auf die Mainzer Stiftung „Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz“, den „Geschichtsort Villa ten Hompel“ in Münster und das Braunschweiger Projekt „Vernetztes Gedächtnis“ hingewiesen. Diese und zahlreiche weitere Initiativen im ganzen Land verbindet das Ziel, dezentrale städtische oder regionale Gedenk- und Erinnerungsorte professionell zu stärken und außerschulische Lernorte insbesondere für jüngere Generationen zu etablieren.

Ziel: Entwicklungskonzeption für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Lübecker Erinnerungskultur

Lübeck verfügt ebenfalls über dezentrale Gedenk- und Erinnerungsorte, allerdings fehlt die Infrastruktur für eine systematische Vermittlungsarbeit. Es ist an der Zeit, das Potenzial von Erinnerungsarbeit für die Demokratie- und Menschenrechtsbildung mit städtischer Unterstützung professionell zu fördern und zu koordinieren. Eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Erinnerungskultur besteht in ihrer Professionalisierung und Modernisierung. Dafür muss eine zukunftsweisende Vermittlungsarbeit entwickelt werden, welche die Potenziale der bestehenden Orte auslotet und konzeptionell zusammenführt. Für die Hansestadt Lübeck stellt sich hier die große Chance, die Erinnerungskultur respektive historisch-politische Bildungsarbeit

zukunfts-fähig und belastbar zu machen. Über den Umfang und die strategische Zielsetzung soll eine Entwicklungskonzeption Auskunft geben.

Eine Entwicklungskonzeption lotet Chancen und Herausforderungen eines erinnerungskulturellen Engagements durch die Stadt ergebnisoffen aus. Sie bietet eine transparente und effiziente Orientierungshilfe im Vorfeld politischer Beschlüsse. Damit erhalten Politik und Öffentlichkeit eine seriöse Grundlage für Diskussion und Entscheidung.

Mit Blick auf die konkrete Weiterentwicklung der Lübecker Kultur des Erinnerns an die Verbrechen des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg soll die Studie, basierend auf der aktuellen Bestandsaufnahme von Erinnerungsorten durch das Stadtarchiv, folgende Punkte aufgreifen und Fragen klären:

1. Status Quo:

- Ermittlung und Festlegung wesentlicher empirischer Rahmenbedingungen mit Blick auf erinnerungskulturelles Engagement (z.B. Generationswechsel, Ende der Zeiteugenschaft, Vermittlungsarbeit und Digitalisierung, Bedeutung professioneller Vermittlungsstrukturen, Ehrenamt, Relevanz authentischer historischer Orte, nationalistische und rassistische Entwicklungen).
- Wer sind die Träger/Akteure der Erinnerungsorte? Wie ist die Ausstattung (Personal, haupt- oder ehrenamtlich, Infrastruktur)? Werden diese Orte den Anforderungen an eine zeitgemäße professionelle Vermittlungsarbeit gerecht? Welche digitalen Angebote sind vorhanden, wie werden sie gepflegt, aktualisiert und weiterentwickelt?
- Welche Potenziale für die Demokratievermittlung sind an den Orten vorhanden und wie sind sie miteinander verknüpft?
- Gibt es weitere relevante Orte, die (noch) nicht die angemessene Aufmerksamkeit erhalten?
- An welchen Orten gestaltet und fördert die Stadt Lübeck erinnerungskulturelle Bildungsarbeit?

2. Anforderungen:

- Wie können die vorhandenen dezentralen Einrichtungen und Initiativen gefördert und vernetzt werden?
- Welche Gründe gibt es für die Etablierung eines zentralen Lernortes und welcher authentische Ort würde sich dafür eignen?

3. Diskussion und Prüfung maßgeblicher Entwicklungskonzepte:

- Welches Konzept passt für die Erinnerungslandschaft in der Hansestadt Lübeck?
- Sichtung und Erörterung der ganzen Bandbreite heutiger erinnerungskultureller Antworten auf die aktuelle Lage.

4. Begründung eines spezifischen Entwicklungskonzepts

Projekt- und Zeitplan

Die Erarbeitung einer Entwicklungskonzeption soll im Laufe des Jahres 2021 realisiert werden. Hierzu werden im zweiten Halbjahr 2020 die erforderlichen Fördergelder eingeworben. Anschließend wird – voraussichtlich im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung – eine fachlich geeignete Person gewonnen (spätestens bis Ende März 2021). Die Entwicklung der Studie wird institutionell am ZFKL angesiedelt und von einem kleinen Fachbeirat mit historischer und Lübeck-Kompetenz begleitet. Die Studie soll im Herbst 2021 vorliegen und in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt werden.



Gedenkstätten in Schleswig-Holstein

Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische
Gedenkstätten

Am Gerhardshain 44
24768 Rendsburg

Fon 04331 / 14 38 24

Fax 04331 / 14 38 20

info@gedenkstaetten-sh.de

www.gedenkstaetten-sh.de

Rendsburg, den 9. November 2020

Stellungnahme der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) zur Situation in Lübeck

Seit 2002 fördert und unterstützt die Bürgerstiftung Einrichtungen und Projekte, die sich dem Opfergedenken, der Aufklärung und Erforschung der Zeit des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein widmen. Dabei ist es in den letzten Jahren gelungen, viele kleinere Gedenkstätten und Erinnerungsorte im Land zu unterstützen und zu professionalisieren, so dass in den verschiedenen Teilen des Landes außerschulische Lernorte entstanden sind.

Auffällig an dem derzeitigen Entwicklungsstand ist, dass der derzeitige Entwicklungsstand zwar an verschiedenen Orten ein würdiges Gedenken an die Opfer mit Informationen über die NS-Herrschaft verknüpfen konnte, es aber bisher nicht gelungen ist, an einem authentischen Ort des nationalsozialistischen Verfolgungsapparates eine Präsentation zu entwickeln, die ein Gedenken mit Fachinformationen über die Funktionsweise der Verfolgung verbindet.

Lübeck als wohl geschichtsträchtiger Ort des Landes hat mehrere Lern- und Gedenkort, die sich Teilaspekten der nationalsozialistischen Verfolgung widmen. Dabei ist aber erkennbar, dass hier die Arbeit stärker von den beiden großen Kirchen und privaten Initiativen getragen wird.

Die Bürgerstiftung hat das Interesse und die Bereitschaft, die zeitgemäße Weiterentwicklung auch der Lübecker Erinnerungskultur (finanziell und personell) zu unterstützen. Hierbei plädieren wir dafür, authentische Orte, wie z.B. das Zeughaus, zu Orten lebendiger Auseinandersetzung und Demokratiebildung besser und professionell zu nutzen. Gerade der ehemalige Sitz der Gestapo in Lübeck mit dem erhaltenen Zellentrakt bietet die Möglichkeit, einen authentischen Ort in zentraler Lage zu einem außerschulischen Lernort weiterzuentwickeln. Gern würde die Bürgerstiftung eine solche Entwicklung begleiten und unterstützen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet
(Vorstandsvorsitzender)